

Syrienoffensive Nato soll Türkei beobachten

Der Nordatlantikkart soll sich mit der Militäroffensive des Nato-Mitglieds Türkei in Syrien und der humanitären Situation in der eingekesselten Stadt Afrin befassen. Das fordert der Außenminister von Luxemburg, Jean Asselborn, in einem Brief an Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg. „Ich befürchte, dass diese Operation zu einer echten Katastrophe führen wird“, schreibt Asselborn. Nach



Türkischer Soldat bei Afrin (Syrien)

dem Start der Operation „Olivenzweig“ durch die türkischen Streitkräfte sei der Zugang für humanitäre Helfer stark eingeschränkt worden, kritisiert der Luxemburger.

Asselborn verlangt, dass die Nato die Situation in Afrin „durch regelmäßige Briefings an den Nordatlantikkart“ genau beobachtet. Der türkischen Regierung solle deutlich gemacht werden, dass die Militäroffensive dem internationalen Recht und „den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit“ entsprechen müsse. csc

Geheimdienste Mit Gottes Ohr

Das Observationskommando QB 30 des Bundesnachrichtendienstes (BND) hat die Münchner Frauenkirche für das Beschatten von Spionen oder ausländischen Diplomaten genutzt. Die Geheimdienstler bauten dazu Sendeanlagen in die Glockentürme ein. So konnten die Agenten während einer Observation Funkverkehr untereinander und mit der



Münchner Frauenkirche (I.)

Zentrale in Pullach halten. Der Einbau erfolgte noch vor dem Mauerfall 1989; inzwischen greift der BND wohl nicht mehr auf die Anlage zurück. Nach Angaben eines BND-Veteranen nutzte auch eine „weitere Behörde“ das Gotteshaus für Beschattungen; möglicherweise tut sie das heute noch. Das Erzbistum München erklärt auf Anfrage, es befänden sich „diverse technische Einrichtungen von verschiedenen Organisationen“ im Nordturm. Für Auskünfte zur Arbeit des BND solle man sich im Übrigen an den BND wenden (lesen Sie auch Seite 52). Der Geheimdienst wiederum verweist darauf, dass er sich zu „operativen Fragen“ grundsätzlich nur gegenüber der Bundesregierung und den zuständigen Gremien des Bundestags äußere. klw

Bundeswehr Neue Ermittlungen

Im Fall des tödlichen Marschs von Munster werden die Ermittlungen ausgeweitet. Die Bundeswehr hat in dieser Woche das Verfahren gegen einen weiteren Ausbilder des Offiziersanwärterbataillons, einen Hauptfeldwebel, an den Wehrdisziplinaranwalt abgegeben. Bisher wurde nur gegen den Zugführer der Einheit, einen Hauptmann, ermittelt. Damit wird auch dieser Fall bei der Staatsanwaltschaft Lüneburg landen, die bisher wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger

ger Körperverletzung gegen unbekannt ermittelt. Sie wird nun entscheiden müssen, ob sie Anklage gegen die beiden Männer erhebt. Bei dem Marsch im Juli vergangenen Jahres starb ein Soldat; drei Offiziersanwärter mussten auf die Intensivstation. Das rechtsmedizinische Gutachten der Hamburger Uniklinik hatte die Ausbilder im Fall des gestorbenen Soldaten zwar teilweise entlastet, gleichzeitig aber geurteilt, dass die erhebliche Schädigung und die Krankenhausaufenthalte der anderen drei Soldaten „hätten vermieden werden können“. ham

Rechte CDU-Politiker tritt mit Le-Pen-Partei auf

Eine gemeinsame Veranstaltung von Politikern der Europäischen Volkspartei mit der rechtsradikalen ENF-Fraktion sorgt im Europaparlament für einen Eklat. Am Mittwoch trat der hessische CDU-Europaabgeordnete Thomas Mann in Straßburg zum Thema Christenverfolgung auf. Dazu eingeladen hatte im Namen der rechten ENF der Österreicher Franz Obermayr. Er ist Mitglied der FPÖ, die sich unter anderem mit Marine Le Pens Front National zur EU-Fraktion Europa der Nationen und Freiheit (ENF) zusammengeschlossen hat.

Mann rechtfertigte seinen Auftritt damit, dass es ihm um das Thema Christenverfolgung gegangen sei: „Ich hatte nicht die Absicht, die ENF aufzuwerten.“ Zudem regiere die FPÖ in Wien gemeinsam mit Sebastian Kurz' Volkspartei, die im Europaparlament wiederum zur EVP gehöre.

Die EVP-Fraktionsspitze reagierte gereizt auf den Tabubruch. „Wir ziehen einen klaren Trennungsstrich zum Gedankengut der rechtsradikalen ENF-Fraktion“, sagt Fraktionschef Manfred Weber (CSU). „Bei allem Verständnis für das inhaltliche Anliegen: Gemeinsame Veranstaltungen mit der ENF sind nicht akzeptabel.“ mp

Terrorismus Angriffe auf Kinder

Das Bundesamt für Verfassungsschutz warnt in einem internen Papier, dass der „Islamische Staat“ (IS) zu Angriffen auf Kindergärten und Kinderkrankenhäuser aufruft. Kinder würden vom IS gezielt als potenzielle Opfer benannt. Darüber hinaus beobachtet der Inlandsgeheimdienst seit Monaten deutlich mehr dschihadistische Aufrufe zu Anschlägen von Einzel-

tätern. Die Propaganda scheint zu verfangen: 2017 seien mehr Anschläge einzelner Islamisten in Europa begangen worden als in den Vorjahren, heißt es in der Geheimdienst-Analyse. Häufig seien dabei Messer verwendet worden. Der IS sei nach seinen territorialen Verlusten auf Einzeltäterattacken angewiesen, um „den Fortbestand seiner Schlagkraft unter Beweis zu stellen“, so die Einschätzung des Bundesverfassungsschutzes. jdl